

Buchloer Hofnarr



Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 153 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 29.10.2023

Drogenmissbrauch in der bayerischen Staatsregierung?

„Die Bayernkoalition aus CSU und FREIE WÄHLER setzt ihre Arbeit für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern fort.“ So beginnt die Präambel des Koalitionsvertrags. Was steckt da inhaltlich drin? Jede andere Koalition wäre nicht für Bayern? „Modern, weltoffen“ weiterarbeiten würde bedeuten die bisherige Politik der Stromtrassenverhinderung, Windrad- und PV – Blockierung, CO₂ – Ausstoßbewahrung sowie der latenten Ausländerfeindlichkeit fortzusetzen – AUA. Die Bewahrung der Schöpfung soll so gut bleiben wie sie jetzt schon ist – es sollen nur 10 Hektar freies Land pro Tag verbraucht werden, auch wenn schon seit 5 Jahren das Ziel 5 Hektar/Tag waren – Ziel erreicht, durch die rosa „Pillen“-Brille, welche offensichtlich konsumiert werden.

CSU und Freie Wähler bekennen sich zu den Prinzipien der Demokratie. Das ist wirklich gut, wenn sich die Regierungsparteien zur Demokratie bekennen, allerdings dachte ich das wäre normal – wahrscheinlich ist dieser Teil der Präambel des Koalitionsvertrags im Drogenrausch entstanden.

Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wählern wird die Schaffung von 9000 Stellen im Bereich der Schulen beschlossen, obwohl bereits die vorhandenen Stellen nicht besetzt werden können. Was nützen also 9000 Stellen? Soll damit der Bevölkerung suggeriert werden, die Mangellage an den Schulen würde beseitigt? Diese Taktik funktio-

niert nur bei Bürgern ohne jegliche Berührungspunkte zu Schulen oder wenn man zu viel legale oder illegale Drogen konsumiert.

In den Schulen soll eine „Verfassungsviertelstunde“ als wöchentliches Format eingeführt werden, in der anhand von praktischen Beispielen über die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz sowie die dort verankerten Grundsätze diskutiert werden soll. Damit kann auf keinen Fall die Verfassungstreue des stellvertretenden Ministerpräsidenten gestärkt werden, aber es macht Hoffnung für die übernächste Politikergeneration. Bis zur nächsten Landtagswahl 2028 soll die vor der Wahl versprochene Anhebung der Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer vollzogen werden – um dann erneut versprochen werden zu können? Alle anderen Lehrämter sollen Stellenhebungen erfahren – super, dann kann man die Grund- und Mittelschullehrer doch wieder schlechter bezahlen als die anderen! Bitte Drogen auch an diese ausgeben, damit sie das für gut halten!

Weil wir das für politisch opportun halten und viele Eltern das wollen, haben wir das Ziel alle Schüler irgendwie mit digitalen Endgeräten auszustatten, auch wenn das wissenschaftlich betrachtet Blödsinn ist – mehr Drogen werden uns hier zu einer positiven Evaluation führen.

Basierend auf den Jugendjahren des frühdementen stellvertretenden Ministerpräsidenten werden wir die Erinne-



Bildquelle: zdf.de

rungsarbeit an die Zeit des Nationalsozialismus ausbauen und das Verfassens rechtsradikaler Pamphlete zukünftig als Jugendsünde bewerten sowie als Grundqualifikation einführen.

Die sechsstufige Wirtschaftsschule werden wir erproben, damit wir den privaten Schulen neue Kunden zuführen können, der staatliche Mittelschule damit die Schüler nehmen und somit den Lehrermangel an dieser Schulart unkonventionell bekämpfen – genug Alkohol führt zu neuen Lösungen.

Es sollen 180000 neue Betreuungsplätze für Kindergarten- und Grundschulkinder geschaffen werden. Falsch! Diese Plätze müssen aufgrund gesetzlicher Vorgaben geschaffen werden! Woher will die Staatsregierung die erforderlichen ca. 15000 Betreuungspersonen nehmen, wenn bereits jetzt Personal fehlt? Ganz einfach! Es werden die Stellen geschaffen und dann die Dosis der legalen oder illegalen Drogen bei Kabinettssitzungen erhöht.

Es sollen 8000 Pflegeplätze geschaffen werden, obwohl für die vorhandenen Pflegeplätze schon zu wenig Personal vorhanden ist – egal, im Rausch kann man vieles versprechen.

Wir führen einen „Wassercent“ ein, welcher natürlich nur über die am öffentlichen Netz hängenden „Wasseruhren“ erfasst wird. Um die Landwirtschaft und Unternehmen zu schonen, werden wir selbstverständlich das von diesen selbst geförderte Grundwasser wie bisher nicht erfassen oder finanziell belasten. Denn Großverbraucher zu belasten wäre genauso kontraproduktiv, wie den Drogenkonsum bei Koalitionsverhandlungen zu senken.

Zusammenfassen kann man den Koalitionsvertrag mit den Worten: Wir versprechen all das zu tun, was schon in den letzten fünf Jahren nötig gewesen wäre und von uns nicht gemacht wurde.

Es läuft das übliche Verfahren

**Es gibt in Buchloe zu wenige Wohnungen!
Es gibt in Buchloe zu wenige kleine Wohnungen!**

Quelle: Buchloer Zeitung 26.10.2023 „Es wird eng an der Gansbichlstraße“

Ein Investor möchte ca. 80 Wohnungen, besonders kleinere, bauen. Es soll mit bis zu fünf Stockwerken gebaut werden. Es soll innerstädtisch nachverdichtet werden, statt neue Flächen am Ortsrand zu „verbrauchen“. Es soll trotz schwieriger Investitionsbedingungen (Zinsen, Materialkosten) gebaut werden. Der Investor tut, was von den Regierungsparteien im Bund und in Bayern gefordert wird.

Und es spielt sich ab, was immer passiert. Natürlich sind die zukünftigen Nachbarn dagegen, denn die Bewohner der zukünftigen Wohnungen werden den ganzen Tag nur mit dem Auto auf und ab fahren um die Altanwohner zu gefährden und mit Lärm zu belästigen.

Was machen die im Buchloer Stadtrat vertretenen Parteien?

Die CSU unterstützt das Bauvorhaben – sehr gut.

Die UBI möchte mehr Familienwohnungen und mehr Bewegungsflächen auch wenn der Bedarf an kleineren Wohnungen größer ist – es ist halt schwer die eigenen politischen Überzeugungen an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen.

Bei den Freien Wähler stimmte die ganze Fraktion gegen die Pläne, auch wenn diese genau auf der Parteilinie zur Landtagswahl liegen – was interessiert mich mein Parteiprogramm? Hohe Häuser passen einfach nicht in eine Stadt, das ist allgemein bekannt. Außerdem sind dort keine Sozialwohnungen geplant und der Bau von Sozialwohnungen ist schließlich zuallererst die Aufgabe von privaten Investoren und nicht der bayerischen Mit-Regierungspartei. Dieser Investor will mehr Wohnungen bauen als die bayerische Staatsregierung in den letzten fünf Jahren mit ihren Wohnbaugesellschaften bauen ließ.

Die Grünen mit ihrer dritten Bürgermeisterin ignorieren natürlich traditionell alle Ziele ihrer im Bund regierenden Partei, wenn sie in Buchloe eine engere, höhere und dichtere Bebauung ablehnen. Was interessieren mich die Ziele meiner Partei, wenn ich mir ein paar Wählerstimmen sichern kann? Gegen Nachverdichtung und gegen neuen Flächenverbrauch gleichzeitig zu sein, geht nur, wenn

man selber bereits wohnt und einem alle anderen Menschen mit Wohnungsbedarf egal sind. Natürlich stellt auch die grüne dritte Bürgermeisterin die Frage nach den fehlenden Sozialwohnungen – super heuchlerisch, denn wie sollten die bei einer kleineren, niedrigeren und gelockerten Bebauung finanzierbar sein, wenn sie bei der jetzigen Planung schon nicht darstellbar sind. Mathematik ist genauso überflüssig wie ein Parteiprogramm! Bereits in der letzten Sitzungsperiode (2014-2020) wurde der Bau von städtischen Sozialwohnungen beschlossen und seitdem ist davon nichts mehr zu hören – das wäre doch mal eine Aufgabe für die dritte Bürgermeisterin, im eigenen Wirkungsbereich selbst etwas Sinnvolles tun, statt dies nur von anderen zu fordern. Zum Glück wurden die Pläne trotzdem mit 17:5 Stimmen befürwortet, auch wenn einige Stadträt*innen wie immer versuchen sich gegen das Gemeinwohl zu profilieren.

Die Redakteurin der Buchloer Zeitung, welche den Bericht „Es wird eng an der Gansbichlstraße“ und in schlechter journalistischer Tradition auch den Kommentar dazu schrieb, zeigt in demselben, dass sie nicht mit Logik oder Demokratieverständnis punkten kann. Die Notwendigkeit neuer Wohnungen einzugestehen und gleichzeitig ein dörfliches Idyll in der Stadt beschwören – schwierig! Den voraussichtlichen Preis der Wohnungen kritisieren, aber das ein oder andere Stockwerk weniger fordern, was den Preis noch weiter nach oben treiben würde – schwieriger! In einem Unternehmen (Buchloer Zeitung) arbeiten, welches Gewinne erzielen muss, aber einem Wohnbauunternehmen die Gewinnabschöpfung vorwerfen – noch schwieriger! Der Stadt vorwerfen, dass sie sich keine der angeblich zu teuren Wohnungen sichert um sie dann als Sozialwohnungen unter Selbstkosten (nur dann wäre eine sozial verträgliche Miete zu erreichen) zu vermieten – noch viel schwieriger. Der Stadtrat wird gewählt um Entscheidungen, wie die über dieses Bauvorhaben, zu treffen. Bürger über Entscheidungen zu informieren als „blanken Hohn“ zu bezeichnen, statt demokratische Entscheidungsprozesse zu erklären – einfach daneben. Tipp! Wenn ein Problem nicht verstanden wurde oder zu komplex ist, einfach keinen Kommentar schreiben.